

Ökumene vereint gegen Rechts

In einer ökumenischen Note beziehen die Kirchen im Landkreis angesichts der Sügida-Demo am Sonntag Position gegen Rechtsextremismus.

Wir, Christinnen und Christen des Evangelisch-Lutherischen Kirchenkreises Hildburghausen-Eisfeld, der Katholischen Kirchengemeinde Hildburghausen-Eisfeld-Heldburg und der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde Hildburghausen stehen ein für den Schutz der Würde jedes einzelnen Menschen; für eine konstruktive und respektvolle Auseinandersetzung mit Menschen und Gruppierungen aus anderen Kulturen und Religionen; für eine Sensibilisierung gegenüber den unterschiedlichen Formen der Diskriminierung und dem latenten Rassismus im gesellschaftlichen Alltag; für eine Stärkung von Zivilcourage und für eindeutige Parteinahme gegen jede Form von Verletzung der Menschenwürde, gegen verbale und körperliche Gewalt, gegen Ausgrenzung von Menschen auf Grund von Herkunft, Hautfarbe oder religiöser Überzeugung; für eine klare Positionierung der Kirche gegenüber rechtsradikalen, fremdenfeindlichen und neonazistischen Tendenzen.

Wir unterstützen und fördern eine transparent geregelte, faire Asyl- und Einwanderungspolitik, die zudem der demografischen Entwicklung unserer Region in kluger Weise Rechnung trägt. Wir stehen auf der Seite derjenigen, die sich für eine angemessene Unterbringung von Flüchtlingen starkmachen und ihnen auch sonst in Würde begegnen wollen. Die Existenznot und die dramatische Lage der Flüchtigen in ihren Herkunftsländern kann uns nicht gleichgültig sein. Wir haben in unserem Land die Möglichkeiten und die historische Verantwortung, Menschen, die keine andere Perspektive haben, willkommen zu heißen und ihnen ein gesichertes Leben unter uns zu ermöglichen.

Wir sind uns bewusst, dass das politische Klima in den Gemeinwesen und Kommunen und das Selbstverständnis ihrer Akteure wesentlich mit darüber entscheidet, ob ideologisierende Gruppen Fuß fassen können oder nicht. Für Christinnen und Christen sind deshalb auch die Kommunen Bewährungsfelder ihres Glaubens, denn dort können sie als Bürger, als Politikerinnen und Politiker oder Verwaltungsangestellte wie auch als Mitglieder einer Kirchengemeinde dabei helfen, dass das lokale Gemeinwesen zu einem Ort der Begegnung und der Integration wird. Denn solche Erfahrungen begründen und ermöglichen erst ein positives Demokratieverständnis und die Solidarität mit den „Schwachen“. Insofern ist es Teil der Solidaritätspflicht von Christinnen und Christen, „Entwicklungshelfer“ lebendiger, pluraler und toleranter Gemeinwesen zu sein. Diese Aufgaben können sie nur im gemeinschaftlichen Handeln mit anderen zivilgesellschaftlichen Kräften angehen. Der Gleichgültigkeit, dem Pessimismus und der Abwehr gegenüber Fremden gilt es, das kreative und prophetisch-kritische Potenzial des Christentums entgegenzusetzen.